

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Ausgrenzungsdiskurse und zunehmende Entsolidarisierung

Liebe Leser_innen,
liebe Freund_innen,

die Tatsache, dass die NPD in Sachsen-Anhalt den Sprung in den Magdeburger Landtag knapp verpasst hat, ist kein Grund zur Entwarnung. Zum einen, weil es – das wurde bei dieser Wahl erneut sehr deutlich – Regionen in Sachsen-Anhalt gibt, in denen die NPD deutlich über fünf Prozent der Stimmen erhalten hat wie in den Wahlkreisen Zeitz, Eisleben oder Wernigerode. Im Wahlkreis Nebra erhielt der Lauchaer NPD-Stadtrat und Bezirks-schornsteinfeger Lutz Battke sogar über neun Prozent der Erststimmen. Hinzu kommt, dass die NPD bei der Wählergruppe der 18- bis 24-Jährigen 18 Prozent der Stimmen erhalten hat. Dabei handelt es sich, wie wir aus den regelmäßigen Bevölkerungsbefragungen wissen, um Überzeugungswähler_innen, die der NPD explizit wegen ihrer rassistischen und NS-verherrlichenden Programmatik ihre Stimme geben. Dabei nehmen sie offenbar

ein gewaltsames Vorgehen von Parteimitgliedern und deren Umfeld billigend in Kauf, wie bei dem Angriff von zwei NPD-Wahlhelfern auf einen politischen Gegner Anfang März in Klein Ammersleben.

Dass rechte und rassistische Gewalt nach wie vor den Alltag vieler Menschen in Sachsen-Anhalt bestimmt und beeinflusst, wird auch in der Jahresbilanz der Mobilen Opferberatung für 2010 deutlich (S. 7). 106 politisch rechts motivierte Gewalttaten haben wir in Kooperation mit der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalttaten in Dessau im vergangenen Jahr registriert. Besonders besorgniserregend: Die deutliche Erhöhung des Anteils rassistischer Gewalttaten um fast das Doppelte im Vergleich zum Vorjahr. Es ist davon auszugehen, dass diese Zunahme in direktem Zusammenhang mit den Ausgrenzungsdiskursen gegenüber Migrant_innen

und Flüchtlingen steht – beispielsweise durch die rassistischen Thesen von Thilo Sarrazin. Die als Elitendiskurse geführten Debatten verschleiern, dass es hier statt um Integration um Ausgrenzung geht, wie Prof. Wilhelm Heitmeyer vom Institut für Konflikt und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld im Interview (S. 4/5) betont.

Für das Team der Mobile Opferberatung bedeuten diese Ausgangsvoraussetzungen, dass wir auch in diesem Jahr versuchen werden, möglichst viele Betroffene rechter und rassistischer Gewalt sowie deren soziales Umfeld bei der Bewältigung der Angriffsfolgen sowie bei der Wahrnehmung und Stärkung ihrer Rechte zu begleiten und zu unterstützen. Dafür sind die Betroffenen und wir auch weiterhin auf Ihre und Eure Informationen und solidarische Hilfe angewiesen. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt und Freund_innen, Angehörige und Zeug_innen.
- Wir intervenieren, wenn sich Betroffenen rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Halle

Platanenstr. 9; 06114 Halle
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 94 84 13,
0151/53 31 88 24 oder 0175/1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52
oder 0170/2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Salzwedel

Chüdenstr. 4; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

Freispruch nach Überfall auf Autonomes Zentrum Salzwedel

1. Januar/Schönebeck

Am frühen Neujahrmorgen wird der Besitzer eines Döner-Imbiss in seinem Laden aus einer Gruppe Rechter heraus rassistisch beschimpft und massiv geschlagen. Als zwei Gäste des Lokals intervenieren, werden sie ebenfalls angegriffen. Schließlich verlässt die Gruppe den Imbiss. Alle drei Betroffenen werden u.a. am Kopf verletzt.

Am 8. März 2011 endete der dreitägige Prozess um den Überfall auf das Autonome Zentrum (AZ) in Salzwedel vor gut einem Jahr mit einem Freispruch für den einzigen Angeklagten. Dem u.a. wegen Nötigung vorbestraften Toni B., der als Anführer der „Freien Nationalisten Altmark West“ gilt und den Neonaziversand „explosive-salzwedel“ betreibt, hatte die Staatsanwaltschaft gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung, Sachbeschädigung sowie Bedrohung vorgeworfen.

Das Schöffengericht bezweifelte nicht, dass sich die Ereignisse am 2. Februar 2010 so zugetragen haben, wie von Betroffenen und Zeugen geschildert. Die Anwesenheit des Angeklagten hielt es allerdings für nicht erwiesen.

„Hier läuft heute nichts mehr, sonst kommen wir wieder!“

Am Abend des 2. Februar 2010 war im AZ Salzwedel eine öffentliche Informationsveranstaltung zu den Protestaktionen gegen den Neonaziaufmarsch in Dresden geplant. Etwa eine halbe Stunde vor Beginn standen laut Zeugenaussagen plötzlich ca. zehn vermummte Männer auf dem Hof. Zwei Alternative wurden sofort gepackt und geschlagen. Dabei wurden sie vom Rädelführer der Gruppe gefragt, was sie hier für „einen Scheiß“ machten. Zudem sollten sie Namen von Personen nennen, die im AZ aktiv sind und ihre Ausweise zeigen. Als die Betroffenen nicht antworteten, wurden sie erneut geschlagen und geschubst. Mit den Worten: „Räumt da mal richtig auf!“ schickte der Anführer schließlich einige seiner Leute ins AZ, wo sie unter anderem einen Fernseher, Fensterscheiben sowie mehrere Regale im Infoladen zerstörten. Bevor sich die Angreifer zurückzogen, drohten sie noch: „Hier läuft heute nichts mehr, sonst kommen wir wieder!“

In der Folge stellten die Betroffenen – aus Angst, die organisierten Neonazis könnten über eine Akteneinsicht von Beschuldigten

doch noch an ihre Adressen kommen, einen Antrag auf Adressschwärzung in den Ermittlungsakten. Dem kam die Staatsanwaltschaft nach. Die Möglichkeit, eine „ladungsfähige Anschrift“ statt der Wohnanschrift bei der Polizei anzugeben, haben Zeug_innen, wenn ein begründeter Anlass zur Besorgnis besteht, dass sie oder eine andere Person gefährdet sind. Auch im Gericht mussten die Betroffenen ihre Adressen nicht nennen.

Hohe Anforderungen an zweifelsfreies Wiedererkennen

Vor Gericht ging es nun um die Frage, wer genau an dem Überfall beteiligt war. Ein Zeuge, der sich zum Zeitpunkt des Angriffs im Haus befunden hatte, schilderte prägnant seine Erinnerung bezüglich des Rädelführers: Damals sei ihm der Gedanke durch den Kopf geschossen: „Was macht der den hier?“ Erkannt habe er Toni B. an Stimme und Statur. Auf Nachfrage des Gerichts konnte er aber nach einem Jahr nicht mehr 100-prozentig bestätigen, dass es der Angeklagte war.

Toni B. selbst behauptete, zur fraglichen Zeit gar nicht in Salzwedel gewesen zu sein und sich bei einem Kollegen aufgehalten zu haben. Doch weder er noch sein Kollege konnten sich im Detail an den Tag erinnern – von der genauen Uhrzeit und der Dauer des Besuches ganz abgesehen – und machten hierzu z.T. widersprüchliche Angaben.

Nichtsdestotrotz hielt das Gericht das Alibi des Angeklagten für glaubhaft. Der Freispruch sei unumgänglich, sagte Richter Andreas Wüstenhagen in der Urteilsbegründung. Denn das Wiedererkennen an Stimme und Statur erfordere absolute Sicherheit, beispielsweise persönliche Vertrautheit oder „besondere Merkmale“ von Stimme oder Statur. Dies sei hier nicht gegeben gewesen. Demgegenüber hatte die Staatsanwaltschaft eine einjährige Haftstrafe auf Bewährung sowie 1000 Euro Geldstrafe für Toni B. gefordert. ■

Jugendgericht Stendal ignoriert rassistische Tatmotivation

Anfang Februar 2011 – nur drei Monate nach einem massiven rassistischen Angriff in Klötze – begann der Prozess gegen drei Angeklagte vor dem Jugend-schöffengericht Stendal. Die damit verbundene Hoffnung des Betroffenen und seiner Familie auf eine angemessene juristische Aufarbeitung des traumatischen Erlebnisses sollte jedoch ins Gegenteil verkehrt werden.

Massive rassistische Beschimpfungen

Am 24. Oktober 2010 besuchte der Familienvater mit seiner Frau und seinem vierjährigen Sohn den alljährlichen Klötzer Martinimarkt. Als er sich auf der Suche nach einer Toilette kurz von seiner Familie entfernt, wird der 29-Jährige plötzlich aus einer fünfköpfigen Gruppe mit „Du Scheiß Neger, geh zurück in dein Affenland“ angepöbelt. Als er den Täter zur Rede stellen will, versetzt ihm ein anderer aus der Gruppe einen massiven Kopfstoß. Gleichzeitig wird er von hinten getreten. Der 29-Jährige versucht sich zu wehren, wird jetzt aber auch von den anderen Männern angegriffen. Zahlreiche Umstehende auf der belebten Kirmes sehen tatenlos zu oder wenden sich ab. Der Betroffene bittet eine Standbetreiberin, die Polizei zu rufen. Als eine weitere Frau verbal interveniert, lassen die Angreifer von dem Betroffenen ab.

Dem 29-Jährigen gelingt es, einen jungen Mann aus der Gruppe an der Flucht zu hindern, woraufhin noch weitere Angreifer stehenbleiben. Bis die Polizei vor Ort eintrifft, beleidigen sie den Betroffenen weiter rassistisch. Einer wählt selbst den Notruf der Polizei, wobei er gegenüber dem 29-Jährigen ankündigt „Jetzt bekommst du deine Abschiebung!“. Der Familienvater erleidet u.a. eine Zahnverletzung, eine blutende Platzwunde an der Lippe sowie schmerzhafte Prellungen. Zudem führt der rassistisch motivierte Angriff zu einer massiven Verunsicherung des Sohnes des Betroffenen, der

jetzt befürchtet, dass ihm später Ähnliches zustößt.

Rassistischer Angriff verkommt zur Bagatelle

Bereits knapp einen Monat nach der Tat erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage gegen teilweise wegen Verwendens verfassungswidriger Kennzeichen und Körperverletzung einschlägig vorbestrafte 17-, 22- und 23-Jährige wegen gefährlicher Körperverletzung; gegen zwei von ihnen auch wegen Beleidigung. Im Prozess hingegen spielten die deutlichen Belege für eine rassistische Tatmotivation keine Rolle. Stattdessen sah das Gericht die erhebliche Alkoholisierung der Angeklagten als Beweggrund.

Zudem wollte es nicht ausschließen, dass der Betroffene – wie von den Angeklagten behauptet – zuerst zugeschlagen hatte. Zeuginnen für die Anfangssituation konnten vor Gericht nicht gehört werden, da die Polizei nur unzureichend ermittelt hatte: So hatten die Beamten vor Ort keine Personalien von Umstehenden oder Schausteller_innen aufgenommen. Zudem wurde die Standbetreiberin, die den Notruf getätigt hatte, nicht polizeilich vernommen. Vor Gericht sagte sie aus, sie habe den Beginn des Geschehens nicht mitbekommen.

In einem Rechtsgespräch verständigen sich die Prozessbeteiligten schließlich – trotz der Einwände des Nebenklagevertreters des Betroffenen – auf eine Einstellung der Verfahren gegen den 17- und 23-Jährigen unter geringfügigen Auflagen. Der 22-Jährige wurde freigesprochen, da ihm keine konkrete Tatbeteiligung nachzuweisen sei. Für den heute 30-Jährigen und seine Familie sind die Ignoranz der Justiz hinsichtlich der Tatmotivation und die Bagatellisierung des Geschehens unverständlich und enttäuschend. Die Täter und ihr Umfeld hingegen dürften den Umgang des Gerichts eher als Ermutigung auffassen, so weiterzumachen wie bisher. ■

9. Januar/Weißenfels

Gegen Mitternacht verüben Unbekannte einen Brandanschlag auf das Auto eines Vorstandsmitglieds des Simon-Rau-Zentrums, das dadurch vollständig ausbrennt. Im Vorfeld war der 32-Jährige, der sich seit Jahren im Burgenlandkreis gegen Rechts engagiert, mehrfach aus dem Umfeld der NPD bedroht worden.

6. Februar/Magdeburg

Gegen 1:00 Uhr nachts greifen mehrere Rechte einige Alternative an, die an einer Haltestelle warten. Zwei der Betroffenen verlieren durch den Angriff das Bewusstsein. Die Polizei kann noch in Tatortnähe sechs Verdächtige festnehmen. Der Staatsschutz ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung.

9. Februar/Stendal

Gegen Mittag wird im Einkaufszentrum „Altmark-Forum“ ein 41-jähriger Schwarzer Deutscher von einem Unbekannten rassistisch beschimpft und mehrfach geschlagen. Danach verlässt der Täter das Einkaufszentrum. Der Wachschutz verständigt die Polizei, die kurz darauf einen polizeibekanntem 27-jährigen Tatverdächtigen feststellen kann.

18. Februar/Landsberg (Saalekreis)

Gegen 12:45 Uhr wird ein 20-jähriger Antifaschist auf dem Schulhof des Gymnasiums beim Vorbeilaufen an einer etwa 15- bis 20-köpfigen Gruppe z.T. augenscheinlich Rechter gezielt angerempelt. Dann schlägt ein Angreifer auf ihn ein und stößt ihn zu Boden. Erst als eine Pausenaufsicht interveniert, lässt er von dem Betroffenen ab. Zuvor hatte sich der 20-Jährige mit anderen Schülern über die Kampagne „Wahl nicht NPD“ unterhalten. Dies hatten mehrere bekannte Rechte offenbar mitbekommen und sich daraufhin gesammelt. Der 20-Jährige erstattet Anzeige.

„Elitendiskurse befeuern Entsolidarisierung“

Interview mit Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer ist Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. Seit 2002 leitet er das auf zehn Jahre angelegte Forschungsprojekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF). Das Projekt analysiert Ausmaß, Entwicklung und Auswirkungen menschenfeindlicher Einstellungen in der deutschen Gesellschaft. Heitmeyer konstatiert eine zunehmende Entsolidarisierung der Gesellschaft, befeuert von Elitendiskursen über Leistungsgerechtigkeit und vermeintlichen Integrationsdebatten.

Herr Heitmeyer, Ende 2010 ist die 9. Folge der „Deutschen Zustände“ erschienen. Welche Ergebnisse haben Sie für 2010 in Bezug auf rassistische, fremden- und islamfeindliche Einstellungen gemessen?

Wir müssen zwischen 2009 und 2010 feststellen, dass sich Veränderungen insbesondere bei den Menschen mit höheren Einkommen eingestellt haben. Dabei muss man immer unterscheiden zwischen dem Ausmaß und dem Anstieg. Bei den höheren Einkommensgruppen gibt es für viele Elemente des Syndroms der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einen Anstieg.

Wie sieht dieser Anstieg konkret aus? Was sind die einzelnen Ergebnisse im Vergleich zum Vorjahr?

Wir haben folgendes festgestellt: Die Forderung nach Etabliertenvorrechten und die Islamfeindlichkeit nimmt überall leicht zu, aber besonders in der höheren Einkommensgruppe. Die Abwertung von Obdachlosen und Homosexuellen sinkt – zwar nicht signifikant, aber immerhin – aber steigt in der höheren Einkommensgruppe. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen stagnieren weitgehend, aber steigen

in der höheren Einkommensgruppe. Nur Antisemitismus stagniert überall, aber der israelbezogene Antisemitismus steigt in der Tendenz in allen Einkommensgruppen. Das bedeutet, dass wir durchaus Veränderungen gerade bei den eher Wohlhabenden haben. Das beunruhigt uns durchaus, wobei eingeschränkt werden muss, dass es hierfür ein deutliches Zeichen zwischen 2009 und 2010 gab. Wir werden jetzt bei den Erhebungen für 2011 sehen müssen, wie sich das weiter entwickelt.

Worauf führen Sie diesen Anstieg zurück? Welche Ursachen sehen Sie hierfür?

Das ist natürlich eine schwierige Angelegenheit. Ein Argument ist, dass wir es hier mit einer zeitversetzten Krisenwahrnehmung zu tun haben, gerade bei den Bessergestellten. Wir haben es mit vier unterschiedlichen Krisen zu tun, die nacheinander erfolgt sind. Beginnend mit der Finanzkrise, die nur wenige betroffen hat, nämlich diejenigen, die Aktien im Spiel hatten. Dann die Wirtschaftskrise mit den ganzen Veränderungen, nicht nur der Zahl von Arbeitslosen, sondern mit den Veränderungen von Arbeitsverhältnissen, das heißt immer unsicherer werden den Arbeitsverhältnissen. Zudem zeichnet sich ja in sozialstrukturellen Analysen gerade in den mittleren Einkommensgruppen eine Abwärtsmobilität ab. Und dann kommt natürlich noch die Fiskalkrise dazu, die bewirkt, dass Kommunen ihre infrastrukturellen Angebote nicht mehr halten können. Und in dieser Situation sehen wir jetzt, dass die Menschen mit höheren Einkommen gleichzeitig noch mehr Etabliertenvorrechte einfordern und außerdem noch sagen, sie bekämen nicht ihren gerechten Anteil. Und dass, obwohl es ja durch die aktuelle Bundesregierung eine Umverteilungspolitik von unten nach oben gibt.

Wenn sich nun gerade diejenigen, die eigentlich nicht in ihrer Existenz bedroht sind, entsolidarisierend verhalten, wohin führt diese Entwicklung ihrer Meinung nach?

Wir haben ja im Vorjahr schon feststellen müssen, dass bestimmte Kernnormen wie Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness in Krisenzeiten als nicht mehr realisierbar betrachtet werden. Hinzu kommt, dass es ja in der Gesellschaft bestimmte Gerechtigkeitsvorstellungen gibt und gerade die Besserverdienenden setzen hier fast ausschließlich auf Leistungsgerechtigkeit, ohne dass man nun genau weiß, was das ist. Gleichzeitig geben sie die Bedürfnisgerechtigkeit weitgehend auf. Das heißt, hier spielen sich Entsolidarisierungsprozesse ab.

In dem aktuellen Band der Deutschen Zustände konstatieren Sie eine „zynische Abwertung“ gegenüber sozial schwachen Gruppen. Welche Rolle spielen Elitendiskurse in Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Abwertung dieser Gruppen?

Die haben eine große Rolle gespielt, denn die Entsolidarisierung wird durch diese Elitendiskurse befeuert. Wenn sie daran denken, dass es eine auch in großen Tages- und Wochenzeitungen verbreitete Debatte gab, die den Abbau von sozialrechtlich verankerten Anrechten auf Unterstützung fordert und diese durch die Gnade der gebenden Hand ersetzen will. Das sind Elitendiskurse, die auch eine zynische Abwertung gegenüber sozial schwachen Gruppen markieren. Und da gibt es auch noch andere, wie die Debatte, die über Herrn Sarrazin gelaufen ist, wobei wir dazu keine Daten haben, denn unsere Erhebung in 2010 war schon gelaufen, als diese Debatte der Abwertung ganzer Gruppen erst richtig in Schwung kam. Dabei hat sich aber in den Lesungen – und das ist durchaus kompatibel mit unseren Erhebungen – eine rohe Bürgerlichkeit herausge-

schält, die angeblich eine Integrationsdebatte führen wollte. Faktisch war und ist das eine Desintegrationsdebatte durch die Abwertung ganzer Gruppen.

Welche Bedeutung kommt Ihrer Ansicht nach der professionellen Beratung und Unterstützung von Betroffenen politisch rechts motivierter Gewalt und deren sozialen Umfelds bei der Bekämpfung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu?

Diesen Institutionen und Initiativen kommt eine große Bedeutung zu, denken wir nur daran, wenn Betroffene oder auch das Umfeld traumatisiert sind und sich in gewisser Weise ‚nicht mehr regen können‘ und dazu keine Kraft haben. In solchen Fällen braucht es natürlich eine Betreuung, aber es braucht auch eine öffentliche Stimme. Und da wissen wir ja, dass wir es zum Teil mit einer schicksalsvergessenen Gesellschaft zu tun haben, wenn sie etwa daran denken, dass auf die Opferberichte, die sowohl Tötung als auch Traumatisierung umfassen, gesellschaftlich kaum mehr reagiert wird. Ich nenne das schicksalsvergessen und um dagegen zu arbeiten sind diese Initiativen unverzichtbar.

Vielen Dank für das Gespräch! ■

23. Februar/Bad Dürrenberg (Saalekreis)

Gegen 21:30 Uhr begegnen zwei 23- und 24-jährige Punks plötzlich einer 15- bis 20-köpfigen Gruppe überwiegend Vermummter. Nach der Frage, ob er wisse, was Faschismus bedeute, wird der 23-Jährige mit einem Teleskopschlagstock und einem Schlagring gegen den Kopf geschlagen, so dass er zu Boden geht. Während der Betroffene flüchten kann, wird seine Begleiterin ebenfalls angegriffen. Schließlich lassen die Rechten die Punkerin gehen.

26. Februar/Oschersleben

Im Anschluss an eine Demonstration gegen rechte Gewalt werden zwei Alternative von mehreren Rechten verfolgt, können sich aber in ein Haus flüchten. Die Angreifer treten mehrfach gegen die Eingangstür, sodass die Scheibe zu Bruch geht. Dann flüchten sie. Vier Tage zuvor hatte einer der Betroffenen einen Brief mit Gewaltandrohung wegen seines politischen Engagements erhalten. Einer der Betroffenen erleidet einen Kreislaufzusammenbruch.

2. März/ Havelberg (Stendal)

Am Morgen wird ein 39-jähriger Ägypter von drei Männern, die ihn bereits einen Monat zuvor angepöbelt und beleidigt hatten, erneut beschimpft.

Dann treten und schlagen sie auf den Betroffenen ein. Er erleidet einen Schock und muss mit einer Schulterverletzung ambulant behandelt werden

7. März/Klein Ammersleben (Börde)

Kurz nach Mitternacht wird ein 32-Jähriger von zwei Wahlhelfern der NPD verfolgt und u.a. mit einer Eisenstange geschlagen. Zuvor hatte er die Unbekannten beim Anbringen von NPD-Wahlplakaten kritisiert.

Vor Ort:

In Oschersleben geht der Kampf gegen Windmühlen weiter

Am 11. Oktober 2010 wurde das soziokulturelle Zentrum ALGE (Alternative Lebensgestaltung e.V.) in Oschersleben (Landkreis Börde) unter dem Beifall von Neonazis von der Polizei geräumt. Noch am gleichen Tag rückten die Bagger an und machten die Gebäude größtenteils dem Erdboden gleich. Damit wurde alternativen Jugendlichen der einzige, seit über zehn Jahren bestehende Rückzugsort und Treffpunkt in der Stadt genommen.

Seit Jahren waren die Bewohner_innen der ALGE und ihr soziales Umfeld immer wieder von politisch rechts motivierter Gewalt betroffen. Unter anderem schlugen und traten Neonazis im Mai 2005 im angrenzenden Park einen Punk so massiv, dass er mit schweren Kopfverletzungen stationär im Krankenhaus behandelt werden musste. Allein seit 2009 registrierte die Mobile Opferberatung neun rechte und rassistische Angriffe, die sich mehrheitlich gegen nicht-rechte und alternative Jugendliche richteten und zum Großteil von massiver Gewalt geprägt waren. Schwere Verletzungen und eine Atmosphäre ständiger Bedrohung waren die Folgen für die Betroffenen. Zudem gab es weitere Angriffsversuche, denen sich die Betroffenen nur durch Flucht entziehen konnten sowie Sachbeschädigungen, Flaschen- und Molotow-Cocktail-Würfe auf das Gelände der ALGE, Beleidigungen und Drohungen.

In der Öffentlichkeit werden diese Angriffe – wenn überhaupt – meist als Auseinandersetzung zwischen der linken und rechten Szene und damit als vermeintliches gesellschaftliches Randphänomen thematisiert. Die rechte und rassistische Alltagskultur, die beispielsweise auf den Straßen und in den Schulen Oscherslebens zu Tage tritt, wird gelegnet und verharmlost. So berichten auch migrantische Restaurant- und Imbissbetreiber_innen von Sachbeschädigungen, alternative und nicht-weiße Schüler_innen werden in der Schule beleidigt, ausgegrenzt

und angegriffen und fühlen sich damit oftmals alleine gelassen. Auch das Tragen von rechter Szene-Kleidung wie Landser-Shirts gehört zum Alltag und beginnt bereits in der Grundschule. Verstärkt wird bei den Betroffenen das Gefühl der Normalisierung und Akzeptanz rechter Weltanschauungen auch durch das demonstrative Wegschauen von Passant_innen bei einigen der Angriffe.

Neue Räumlichkeiten für Alternatives Zentrum notwendig

Viele ehemals in der ALGE-Aktive fordern ein neues Projekt in der Region. In Oschersleben selbst sehen sie mangels verfügbarer Gebäude und der realen Gefahr weiterer rechter Angriffe derzeit keine Möglichkeiten, ein alternatives Zentrum zu realisieren. Ihre Forderung war auch Anlass für einen „Stadtspaziergang“ und eine Spontandemonstration in der Zeit nach der Räumung. Dabei kam es wiederum zu Angriffen durch Rechte. Doch die Alternativen wollen sich nicht einschüchtern lassen. So waren sie mit einem Informationsstand auf dem Oscherslebener Weihnachtsmarkt präsent und organisierten am 26. Februar 2011 eine Demonstration gegen rechte Gewalt und für ein neues Zentrum. Im Anschluss daran wurden erneut zwei Alternative angegriffen (siehe Chronikmeldung in diesem Newsletter).

Das seit der Räumung der ALGE verstärkte Dominanzgebaren der Rechten zeigt deutlich die Notwendigkeit eines neuen alternativen Treffpunkts in der Region, der dem rechten Hegemoniebestreben entgegenwirkt und eine nicht-rechte Jugendkultur stärkt. Der Versuch, einen Neonazi-Treffpunkt in einem örtlichen Thor-Steinar-Laden zu installieren, ist indes gescheitert. Nach einhalb Jahren, in denen es ausschließlich Proteste vom kleinen „Bündnis gegen rechts Oschersleben“ und einigen Einzelpersonen gab, schloss der Laden zum Jahreswechsel 2010/2011. ■

Massiver Anstieg rassistischer Gewalt in Sachsen-Anhalt

Jahresbilanz der Mobilen Opferberatung für 2010

Insgesamt 106 politisch rechts motivierte Gewalttaten hat die Mobile Opferberatung in Kooperation mit der Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten in Dessau für das Jahr 2010 registriert. Mindestens 215 Menschen waren direkt von den Angriffen betroffen, weitere 92 indirekt, z.B. als Zeug_innen. In 87 Prozent der Fälle handelt es sich um Körperverletzungsdelikte (92).

Demgegenüber gab das Innenministerium Sachsen-Anhalt Ende Februar 2011 80 politisch rechts motivierte Gewaltstraftaten für 2010 bekannt, davon 65 Körperverletzungsdelikte (81 Prozent). Die Diskrepanz zwischen den Zahlen lässt sich u.a. dadurch erklären, dass die Mobile Opferberatung auch Gewalttaten dokumentiert, die nicht zur Anzeige gebracht wurden sowie in Einzelfällen auch Bedrohungen/Nötigungen (9) und Sachbeschädigungen (3), wenn diese mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen verbunden waren.

Hohe Dunkelziffer

Somit wird statistisch gesehen alle drei bis vier Tage eine politisch rechts motivierte Gewalttat in Sachsen-Anhalt verübt. Allerdings ist gerade in diesem Bereich von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Die Gründe, warum Betroffene rechte und rassistische Angriffe nicht anzeigen, sind vielfältig: Angst vor weiteren Repressalien durch den bzw. die Täter_innen oder deren Umfeld; negative oder entmutigende Erfahrungen oder Berichte hinsichtlich Polizei und Justiz; Zweifel am Sinn einer Anzeige; Sorge, die Anzeige könnte negative Auswirkungen auf ein laufendes Asylverfahren haben; der Wunsch, das Erlebte schnell zu vergessen oder Angst, den Angreifer_innen vor Gericht erneut gegenüberstehen zu müssen.

Somit sind die dokumentierten Zahlen lediglich als Indikator für das tatsächliche Ausmaß rechts und rassistisch motivierter

Gewalt in Sachsen-Anhalt zu interpretieren. Zudem müssen wir davon ausgehen, dass sich die Zahl der dokumentierten Angriffe durch Nachmeldungen noch erhöhen wird. So hatte die Mobile Opferberatung Ende Februar 2010 für 2009 111 politisch rechts motivierte Angriffe bekannt gegeben. Mittlerweile ist diese Zahl auf 142 angestiegen.

Regionale Schwerpunkte waren in 2010 das Jerichower Land (17), der Altmarkkreis Salzwedel (14) sowie Magdeburg (14), gefolgt vom Landkreis Harz (11) und dem Burgenlandkreis (10). Wie in den Vorjahren war auch im Jahr 2010 der überwiegende Teil der von rechter Gewalt Betroffenen – nämlich 81 Prozent – männlichen Geschlechts (175).

Abwertende Diskurse legitimieren rassistische Täter_innen

Besorgniserregend ist insbesondere der massive Anstieg rassistisch motivierter Gewalttaten. So hat sich sein Anteil an der Gesamtzahl von Angriffen im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt: Lag er 2009 bei 24 Prozent (34), so sind 2010 44 Prozent (47) aller Angriffe auf Rassismus zurückzuführen. Diese Entwicklung korrespondiert mit den Ergebnissen bundesweiter Studien, die einen signifikanten Anstieg rassistischer Einstellungen für 2010 belegen (vgl. u.a. Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände: Folge 9; Decker u.a.: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010).

Für die Mobile Opferberatung gibt es einen Zusammenhang zwischen diesem Anstieg und den seit 2010 verschärften Debatten um Zuwanderung und Integration, die häufig mit einer Abwertung von Flüchtlingen und Migrant_innen verbunden waren. Dieser Entwicklung kann nur Einhalt geboten werden, wenn rassistische Diskurse als solche entlarvt und öffentlich kritisiert werden. Zugleich sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die Migrant_innen ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. ■

13. März/Schönebeck

Gegen 2:30 Uhr nachts wird eine 21-jährige Alternative auf dem Nachhauseweg von hinten von zwei vermummten augenscheinlich Rechten so gegen den Kopf geschlagen, dass sie zu Boden geht. Dann treten die Angreifer mehrfach auf sie ein. Die 21-Jährige war durch ihr Äußeres als Alternative erkennbar und hörte deutlich vernehmbar Punkmusik. Die Betroffene muss stationär behandelt werden.

14. März/Burg

Ein 16-jähriger Alternativer wird aus einer Gruppe von etwa zehn Mitschülern beschimpft und im Klassenraum von einem der Rechten getreten und geschlagen. Dann reißt ihm einer aus der Gruppe sein Basecap vom Kopf und schmeißt es in den Müll. Dabei ruft der Angreifer „Hier marschiert der nationale Widerstand!“. Der anwesende Lehrer, der die Rechten im Flur lediglich aufgefordert hatte, die Sprüche zu lassen, schreitet nicht ein. Der Betroffene erleidet mehrere Verletzungen.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

Lesetipp: „Die Farbe meiner Haut“

Manuela Ritz wächst als Schwarzes Mädchen im Mügeln der siebziger und achtziger Jahre auf. Anhand autobiographischer Episoden und Reflexionen zeichnet sie ihren Weg nach in ein bewusstes Schwarzes Leben sowie ihre praktische und theoretische Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus und Adulthood (Der Begriff beschreibt das bestehende Machtungleichgewicht zwischen Erwachsenen sowie Kindern und Jugendlichen). Ritz bietet dabei auch einen kurzen Einblick in die Entstehungsgeschichte und Entwicklung Schwarzer Selbstorganisation in Deutschland, die mit ihrem eigenen Leben verknüpft ist.

Der Wert des Buches liegt in seiner Ehrlichkeit und der Offenheit, persönliche Erlebnisse und strukturelle Reflexionen so zu schildern, dass sie eine Definition überflüssig erscheinen lassen und sie gleichzeitig aus sich heraus liefern, so wie in der Betrachtung der Analogien von Rassismus und Adulthood. Ein Buch, das Theorie vermittelt, ohne theoretisch zu sein.

Manuela Ritz – Die Farbe meiner Haut: Die Anti-Rassismus-Trainerin erzählt. Verlag Herder, 14,95 Euro. ■

Residenzpflicht in Sachsen-Anhalt aufgehoben

Mitte März 2011 hat die Landesregierung per Verordnung die sogenannte Residenzpflicht für Asylbewerber_innen aufgehoben. Somit können sich Flüchtlinge nach Ablauf der ersten drei Monate ihres Asylverfahrens ohne Erlaubnis der Ausländerbehörden in ganz Sachsen-Anhalt frei bewegen. Diese Regelung galt bislang bereits für Menschen mit sogenannter Duldung. Der erlaubnisfreie Bewegungsradius von Asylsuchenden war dagegen bislang auf die früheren Regierungsbezirke Sachsen-Anhalts beschränkt.

Zur neuen Verordnung erklärte der Innenminister des Landes, Holger Hövelmann: „Viele Flüchtlinge haben die bisherige Beschränkung als Schikane empfunden und für die Durchführung des Asylverfahrens bot sie keine Vorteile.“ Weiter stellte er heraus: „Viele Verwaltungsvorgänge und unnötige Kontrollen fallen weg, und wir können so auch vermeiden, dass sich Menschen strafbar machen.“ Denn Verstöße gegen die länderübergreifend weiterhin bestehende Residenzpflicht gelten als Straftat und werden bei Wiederholung mit Geld- oder Haftstrafen geahndet.

Folgen sind nicht nur die Kriminalisierung der Betroffenen, sondern auch Schwie-

rigkeiten bei einer späteren Verfestigung des Aufenthaltes bis hin zur Gefahr von Abschiebung.

Im Jahr 2010 hatten bereits Brandenburg und Nordrhein-Westfalen eine landesweite Bewegungsfreiheit auch für Asylsuchende eingeführt. Auch in anderen Bundesländern wurden entsprechende Vorstöße unternommen. Flüchtlingsselforganisationen und Initiativen kritisieren seit etlichen Jahren die europaweit einmalige Regelung zur Abschreckung von Flüchtlingen als Menschenrechtsverletzung und fordern deren generelle Abschaffung. Über 11.000 Menschen haben im Frühjahr 2010 eine Online-Petition gegen die Residenzpflicht unterschrieben, die sich derzeit in parlamentarischer Prüfung befindet. Laut Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion Die Linke unterlagen Ende Mai vergangenen Jahres über 126.000 Menschen bundesweit den räumlichen Beschränkungen. Davon lebten knapp 3.500 Betroffene in Sachsen-Anhalt. ■

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen vier Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Unbürokratische Hilfe:

Unbürokratische Hilfe für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt stellt der „Opferfonds für Betroffene fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt“ bei Miteinander e.V. zur Verfügung, der anlässlich des rassistischen Mordes an Alberto Adriano in Dessau im Juni 2000 ins Leben gerufen wurde. Seitdem erhielten über zweihundert Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen. Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir Ihre Hilfe. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Konto:
Miteinander e.V.
Stichwort: Opferfonds
Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg
Konto-Nr.: 53 53 53, BLZ: 810 205 00

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:

Zissi Saueremann (V.i.S.d.P.),
Haidy Damm
Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“



und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt

